

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

22.11.1921 (No. 273)

Expedition:  
Karl Friedrich  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Haupt-  
redakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauschbarer Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung gegenwärtiger Zeitung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Ausgaben wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Das neue badische Kabinett.

Am Tage nach der Landtagswahl des 30. Oktober schreiben wir an dieser Stelle: „Die Koalitions-politik der bisherigen Regierung ist also durch den Ausfall der Wahlen völlig gerechtfertigt worden. Der Kurs war der richtige, und auch die Regierungsmethode hat den Beifall von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung gefunden. Die Grundlage der Regierung unseres Landes wird erhalten bleiben.“ Im Sinne dieser Ausführungen hat sich gestern die Wahl des neuen Kabinetts durch den Landtag vollzogen. Die alte Koalition bleibt bestehen. Ja, es sind sogar im wesentlichen dieselben Männer in denselben Ämtern, die die neue Regierung bilden.

Eine Veränderung hat lediglich infolgedessen stattgefunden, als es diesmal der Vertreter der Deutschdemokratischen Partei, der Kultusminister Hummel ist, welcher zum Staatspräsidenten erwählt wurde. Diese Wahl ist zurückzuführen auf eine schon im Jahre 1919 getroffene Abmachung, wonach das Staatspräsidium turnusmäßig unter den drei Koalitionsparteien wechseln soll. Ferner ist in Anlehnung an das ziffermäßige Wahlergebnis ein Staatsratsposten, und zwar der des deutschdemokratischen Abgeordneten Dr. Schön, gestrichen worden. Das Gesamtkabinett setzt sich also aus fünf Ministern und drei Staatsräten zusammen.

Wenn man sich auf den — zweifellos nicht unberechtigten — Standpunkt stellt, daß dasjenige Land wohl die konsolidiertesten Verhältnisse aufzuweisen hat, in welchem sich die durch Neuwahlen notwendig gewordenen Kabinettsbildungen am reibungslosesten vollziehen, so darf man sagen, daß Baden sicherlich ein Land mit konsolidierten Verhältnissen ist. Und dessen wollen wir uns freuen. Die Art und Weise, wie die Bildung des neuen Kabinetts zustande gekommen ist, hat allenthalben einen vortrefflichen Eindruck gemacht. Auch die politische Presse hat sich in den Wochen, die zwischen der Wahl und dem Tage der Regierungsbildung liegen, im großen und ganzen einer gewissen Sachlichkeit und Ruhe befleißigt. Die Erörterungen in der Öffentlichkeit waren gerade lebhaft genug, um das selbstverständliche Interesse zu befunden, das der Staatsbürger an der ganzen Frage nimmt.

An Stimmern wurden gestern bei der Wahl der Regierungsmitglieder 58 Zettel für die vorgeschlagene Liste abgegeben. Die nicht der Regierungskoalition angehöri-gen Parteien gaben 23 leere Zettel ab. Gewiß ist es richtig, die letzteren Parteien bzw. Parteigruppen als Opposition zu bezeichnen. Ganz falsch aber wäre es, wenn die politisch weniger orientierten Kreise der Bevölkerung glauben wollten, es handle sich hier um eine feste, zielbewusste und in sich geschlossene Opposition. So liegen die Dinge wahrlich nicht. Die 23 leeren Zettel verteilen sich auf nicht weniger als fünf Parteien, von denen aber wieder einzelne untereinander sich in schärfster politischer Kampfstellung gegenüberstehen.

In den letzten Monaten ist es in einem Teil der für eine mehr rechtsgerichtete Politik aufgelaufenen Presse üblich geworden, das Tum und Treiben dieser kleinen Parteien mit einer Aufmerksamkeit und Wichtigkeit zu behandeln, die gerade im umgekehrten Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung steht. Da es immerhin naive Leser genug gibt, die sich den klaren Blick für die Tatsachen dadurch verwirren lassen, so ist es gut, von Zeit zu Zeit festzustellen, daß bei uns in Baden die Regierungskoalition über die mehrschichtliche Mehrheit von mehr als zwei Dritteln verfügt, und daß nach Lage der Dinge auch nicht eine einzige der Oppositionsparteien berufen ist, eine irgendwie entscheidende Rolle zu spielen.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nun diese kleinen Parteien mit ihren Wünschen und Anschauungen überhaupt nicht zur Geltung kommen werden. Im Gegenteil! Der Landtag ist vernünftig und wohlwollend genug gewesen, um durch eine Änderung der Geschäftsordnung auch den Vertretern der kleinsten Parteien, d. h. solcher Parteien, die nicht einmal eine Fraktion bilden können, eine Teilnahme an den Sitzungen der drei wichtigsten Ausschüsse zu ermöglichen. Der Zweck unserer Bemerkungen ist lediglich der, die richtige und zu-kerreffende Vorstellung von der tatsächlichen Macht jener Oppositionsparteien zu befestigen.

Das neue Kabinett setzt sich zusammen aus: dem Deutschdemokraten Professor Hummel (Staatspräsident und Kultusminister), den Zentrumslenten Trunk (Kellb. Staatspräsident und Justizminister) und Köhler (Finanzminister), sowie den Sozialdemokraten Kemmle (Minister des Innern) und Dr. Engler (Arbeitsminister). Zu Staatsräten wurden gewählt: Abgeordneter Weisshaupt (Ztr.), Fabrikant van Eyck (Ztr.) und Abg. Marum (Soz.).

Die neue Regierung wird demnächst mit ihrem Programm vor den Landtag treten und dessen Zustimmung zu diesem Programm erbitten. Die Aufgaben der neuen Regierung sind nach wie vor außerordentlich schwere und ernste. Und wer aus der glatten Erledigung der Kabinettsbildung den Schluß ziehen wollte, daß auch die Geschäfte der neuen Regierung glatt und mühelos zu erledigen sein werden, der würde sich damit in einem völligen Irrtum befinden. Die neue Regierung wird ihre äußerste Kraft, ihre ganze Hingabefreudigkeit einsetzen müssen, um den dringenden Anforderungen der Zeit gerecht zu werden und der gewaltigen Schwierigkeiten Herr zu werden, mit denen unter den heutigen Verhältnissen eine jede deutsche Landesregierung zu ringen hat. Sie wird ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn Parlament und Volk verständnisvoll mit ihr zusammen arbeiten. Wir haben zu der politischen Reife der großen Mehrheit unserer badischen Bevölkerung das Vertrauen, daß sie sich dieser staatsbürgerlichen Pflicht nicht entziehen wird.

Wenn gestern Landtagspräsident Wittemann dem bisherigen Staatspräsidenten Trunk, der seit dem August 1920 die Geschäfte der Staatsregierung geleitet hat, für seine aufopferungsvolle Hingabe, sein Geschick und seinen Fleiß den Dank des Landtags ausgesprochen hat, so ist dieser Dank nur zu begründet. Staatspräsident Trunk hat stets sein Bestes getan, um in seiner verantwortungsvollen und überragenden Stellung dem Lande zu dienen. Mit Takt und mit Umsicht, mit Fleiß und mit Energie hat er seines Amtes gewaltet.

Dem neuen Staatspräsidenten, Kultusminister Hummel, hat der Landtagspräsident die guten Wünsche des Parlaments entgegengebracht. Er hat dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß Hummel die glückliche Hand, die er seither als Kultusminister gehabt hat, auch als Staatspräsident haben werde. Auch diese Worte werden ein zustimmendes Echo finden. Wir hegen die Überzeugung, daß auch der neue Staatspräsident der ihm übertragenen Aufgabe in einer für das ganze Land segensreichen Weise genügen wird.

### Ein weißer Rabe.

N.-S. Unter dieser Überschrift wird der Reichsforst „Nord-Süd“ von ihrem saarländischen Mitarbeiter geschrieben:

Die Vorgänge im besetzten Gebiete im allgemeinen und im Saargebiet im besonderen, haben jüngst auch im englischen Unterhaus zur Debatte gestanden, ohne daß die deutsche Presse die Kritik des englischen Abg. Ven Spoor an den Umständen würdigte. Man kann einem großen Teil unserer Presse den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Entwicklung der Dinge im Saargebiet noch viel zu wenig würdigt, um ein wirkliches Echo im Ausland hervorzurufen. Ven Spoor wollte selbst im Saargebiet und führte nach den mir vorliegenden engl. Zeitungsberichten u. a. aus: „Ich war der Meinung, das Saargebiet stehe unter dem Protektorat des Völkerbundes und brauche keine französischen Soldaten, aber sie sind trotzdem da. Und was treiben unsere französischen Verbündeten dort? Durch beständige unnötige und nutzlose Aufreizungen machen sie nicht nur jede Stabilisierung des dortigen Wirtschaftslebens unmöglich, sondern erzeugen auch eine Stimmung, die zu einem neuen europäischen Krieg führen muß. Ich sprach mit saarländischen Gewerkschaftsführern, Industriellen und auch mit Engländern, die mir alle erklärten, daß jedes Vertrauen bei einer solchen Politik unmöglich sei.“ Ven Spoor geißelt dann im Anschluß daran die gewaltsame Einführung des Frankens im Saargebiet und fährt dann fort: „Normalerweise beschäftigen die großen saarländischen Stahlwerke 25 000 Mann, heute arbeitet nur noch ein Drittel der Arbeiter dort. Die Franzosen wollen die Besitzer zur Frankentilgung zwingen, obwohl sie in Markt verkaufen sollen. Heute arbeiten von den 200 Höfen Frankreichs nur noch 34 und von den 68 in Elsass-Lothringen nur 18 und wenn die

deutsche Markt in diesem Gebiet als Folge der französischen Politik noch mehr entwertet wird, so wird das Ergebnis noch chaotischer sein. Die französischen Soldaten werden ermutigt, ihre Frauen und Familien und entfernteste Verwandten mitzubringen, so daß manche Städte, namentlich Trier und Saarbrücken mit Franzosen förmlich überschwemmt sind. Ich weiß Städte, in denen die Franzosen Hunderte von Häusern und Tausende von Zimmern weggenommen haben und wo sie sogar die Besitzer aus den Häusern hinauswarfen, um Freudenhäuser daraus zu machen. Wenn die Franzosen ihre Politik nicht ändern, müssen wir die Allianz mit ihnen brechen, denn wir dürfen uns der Erkenntnis nicht länger verschließen, daß die höchste Gefahr in der Politik Frankreichs liegt. Der Kern der Sache ist, daß die Franzosen den Vertrag nicht fortzusetzen wollen. Wir haben das Gefühl, daß Lloyd George in diesen Tagen eine prächtige Gelegenheit verläßt, der Welt zu zeigen, daß wir Briten uns weigern, eine Politik mitzumachen, die von Haß, Furcht und Rachsucht inspiriert ist, und die uns in den allgemeinen Ruin hineinzerrt. Solange gewisse Bestimmungen des Friedensvertrags in Kraft bleiben, wird sich das europäische Wirtschaftsleben nicht wieder erholen. Ich möchte nur, man könnte dieses Haus mit Angehörigen der englischen Besatzungsarmee füllen, und sie über die Frage entscheiden lassen, ob wir die Politik unserer irreführenden französischen Verbündeten noch länger mitmachen sollen.“

So spricht ein Engländer, der mit sehenden Augen durch die besetzten Gebiete gewandert ist. Er hat erkannt, daß die französische Politik im Saargebiet auf nichts anderes hinausläuft, als das Land zuerst wirtschaftlich und dann politisch nach Westen „umzustellen“, ganz ähnlich wie im Rheinland, wo Barres und Tirard eingestandenemachen die Loslösung von Deutschland betreiben. Was die Bevölkerung des besetzten Gebietes seit drei Jahren nun schon erduldet, ist ein helbenhaftes Martyrium, für das die zivilisierte Welt anscheinend kein Gefühl und Verständnis mehr aufbringt. Vielleicht sind die gegenwärtigen Verhältnisse im Saargebiet dazu geeignet, hier einigermaßen wenigstens Wandel zu schaffen, denn die Bevölkerung des Saargebietes leidet zurzeit unter geradezu katastrophalen Wirtschaftsverhältnissen. Auf den Kohlenhalden häufen sich die Kohlenberge, während im Saargebiet, einem der größten deutschen Kohlengebiete, zurzeit kein Mensch über Kohlen im Keller verfügt, es sei denn, daß er über Schiebergewinne verfügt, denn ein Zentner Kohlen kostet heute über 120 Mark. Die schwindelnden Kohlenpreise ziehen noch weitere Notkreise, die den atembeklemmenden Ring der Katastrophe noch enger schmieden. Die Wälder erklären, bei den hohen Kohlenpreisen in Franken nicht mehr baden zu können und der Brotmangel tritt immer empfindlicher zutage. Ein Regierungvertreter brachte es fertig, den Wäldern des Saargebietes nahe zu legen, ab 15. Dezember das Brot in Franken zu verkaufen, ein neuerlicher Beweis dafür, daß der allgemeinen Frankentilgung auch auf diesem Weg Eingang zum Handelsverkehr verschafft werden soll. Die Regierungskommission versichert immer wieder, das Wohlergehen der Bevölkerung zu fördern. Hat sie damit nicht die Pflicht, der Notlage abzuwehren. Für Einführung des Frankens in die Kommunalverwaltungen hat sie Millionenzuschüsse greifbar zur Verfügung, wie steht es mit der Hilfe, um die Not des Winters in unzähligen Familien diesen Winter zu lindern?

Da den Kommunen mit der Frankentilgung nicht unmittelbar beizukommen ist, weil sie nach dem Völkerbundsstatut autonom sind, mißbraucht die Regierungskommission ihr Aufsichtrecht dazu, Gehalts erhöhungen in Mark zu verbieten und diese hinterhältige Taktik bei ihr einen gewissen Erfolg gebracht. Die Gemeindebeamten müssen den Franken fordern, um nicht zu verhungern. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß diese Methode der Regierung, wie das absolute Regiment im Saargebiet überhaupt jedem modernen demokratischen Staatsempfinden ins Gesicht schlägt und wenn der Pariser „Temps“ sagt, die Saargebiete hätten, anstatt ihre städtischen Angelegenheiten zu erledigen, in Politik gemacht, so wird man diese Behauptung allerseits als ein ammaßendes Urteil über Dinge empfinden, für die der „Temps“ das erforderliche Verständnis nicht besitzt. Jeder Saarländer weiß auch, daß die von der Regierungskommission in die französische Presse lancierte Unterstellung, als ob das rheinische Industriegebiet das Saarland ausgelastet habe, eine dummdreiste Lächerlichkeit ist, denn die Ausläufer des Saarlandes kamen und kommen aus dem wiedergewonnenen teuren Lothringen. Die Leute, die die Taschen voll Franken haben, sind es, welche das Saarland auslaufen. Der „Temps“ könnte wissen, daß das rechtsrheinische Industriegebiet nicht nötig hat, im Saargebiet zu kaufen, weil dort alle Waren 50—70 Prozent billiger sind, als im Saarstaat.

Mit einer Beilage: Gewinnliste der Geld-Lotterie zum Besten der Deutschen Kampfspiele.



Verordnungen dort erlassenen Bestimmungen über den Erwerb der fremden Staatsangehörigkeit, sowie die für die Staatsangehörigkeit weiter maßgebender Staatsverträge am Vorlauf oder in deutscher Übersetzung zum Abdruck bringt.

**U. S. P. und Mehrheitssozialisten.** Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, an den sozialdemokratischen Parteivorstand einen Brief gerichtet, worin sie auf die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen in den Fragen der Teuerung, der Steuern u. der Lohnregelung hinweist. Die Unabhängigen laden zu einer gemeinsamen Besprechung aller politischen und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ein. Die Besprechung wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden.

**Zu den Vorgängen in Heidenau.** Im Einverständnis mit sämtlichen Betriebsräten der Deutschen Werke hat der Zentralbetriebsrat der Werke A. G. eine Entschließung gefaßt, die die Vorgänge in der Fabrik Kautzsch & Schneider in Heidenau aufs schärfste mißbilligt. „Solche Vorgänge“, so heißt es in der Resolution, „sind geeignet, den Verdacht der Entente, man wolle sich einer Kontrolle über Kriegsgeräte und Kriegsmaterialien entziehen, zu stützen. Die Betriebsräte erklären als gesetzlich verantwortliches Organ der Arbeitnehmer, daß sie mit allen Mitteln den Frieden sichern wollen und sich einer Kontrolle auf Herstellung von Kriegswaffen und Kriegsmaterial oder deren Lagerung nicht widersetzen. Umso entschiedener wenden sich die Arbeiter aber gegen alle Maßnahmen der Entente auf Verletzung von Produktionsmitteln oder Verhinderung wichtiger, nur der Friedensarbeit gewidmeter Betriebsstätten.“

## Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 21. Nov. Haus und Tribünen sind voll besetzt. Präsident Wittmann eröffnet die Nachmittags-Sitzung mit der Bekanntgabe verschiedener Gesuche zur Befolgungsordnung usw.

Eingegangen sind ferner mehrere Anträge aus dem Hause, so der Sozialdemokraten betr. Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung, des Zentrums betr. Förderung der Landwirtschaft, eventuell durch Errichtung einer eigenen Ministerialabteilung, ein Gesuchantrag aller Parteien betr. die Entschädigung der Landtagsabgeordneten, ein Antrag betr. die Durchführung der Steuerabzüge von Amtswegen, sowie ein Zentrumsantrag betr. Festsetzung der Steuerbefreiungsgrenze für ledige weibliche Personen auf 5000 M. und Erhöhung der Befreiungsgrenze für hinderliche Familien.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Staatspräsidenten, der Minister und der Staatsräte. Von 81 abgegebenen Stimmen entfallen 58 auf die bisherigen Mitglieder (Soz.), Trunk (Ztr.), Dr. Engler (Soz.), Dr. Hummel (Dem.) und Köhler (Ztr.).

Ebenfalls mit 58 Stimmen wurden die Staatsräte Weisheit (Ztr.), van Eck (Ztr.) und Marum (Soz.) wiedergewählt. Der Abg. Schön scheidet aus der Regierung aus.

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Darauf folgt die Wahl des Staatspräsidenten.

Abgegeben werden 79 gültige Stimmen. Minister Dr. Hummel erhält 56 Stimmen, Minister Trunk als Stellvertreter 58 Stimmen. Leere Plätze sind 21. Beide nehmen die Wahl an.

Die Minister begeben sich auf ihren Platz am Regierungstisch.

Präsident Wittmann stellt dem gewählten Staatspräsidenten Trunk, der seit dem 4. August v. J. seines Amtes waltete, Dank und Anerkennung für die hingebende, geschickte Leitung der Regierungsgeschäfte (Lebhafter Beifall). Er begrüßt dann den neuen Staatspräsidenten mit dem Wunsch, daß er als solcher eine ebenso glückliche Hand haben möge, wie als Ministerpräsident. (Zustimmung.)

Darauf nimmt Staatspräsident Hummel das Wort, um namens des Kabinetts seinen Vorgänger ebenfalls Dank zu sagen für die tatkräftige, ruhige und überlegte Regierungsführung, die selbst in stürmischen Zeiten schöne Erfolge zu verzeichnen hatte. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt mit unseren Erklärungen vor das Haus treten, und es bitten, uns das Vertrauen auszusprechen. Nur das eine sei heute gesagt: Sind wir auch nicht einmütig berufen, so fassen wir doch im Sinne der Verfassung unsere Aufgabe dahin auf, Vertreter der Gesamtheit der badischen Wähler zu sein. (Beifall.)

Das Haus tritt darauf in die Beratung der Befolgungsordnung ein. Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) erhält einen ausführlichen Bericht über die Ausführenden Verhandlungen. Mit der Regierung beabsichtigt auch der Haushaltsausschuß lebhaft die Ablehnung der badischen Anträge im Reichstag. Die zugesagte Nachprüfung muß sofort vorgenommen werden. Es darf nicht zur Abwanderung hochqualifizierter Beamten kommen. Dem Finanzminister ist die kleine Summe, daß er mit der vorläufigen Auszahlung begonnen hat, noch ehe der Ausschuss seinen Bericht abgegeben hat, noch ehe der Ausschuss seinen Bericht abgegeben hat, noch ehe der Ausschuss seinen Bericht abgegeben hat.

Der Ausschuss beantragt, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage zuzustimmen. Weiter wird eine Entschließung vorgeschlagen, die dringend verlangt, daß die badische Regierung auf einer sofortigen Nachprüfung der Befolgungsordnung im Reichstag besteht, um die offensichtlichen sozialen Unannehmlichkeiten zu beseitigen. Es sollen dabei nur drei Klassen geschaffen werden. Ferner wird empfohlen, reichsrechtlich festzusetzen, daß Rinderzuschläge für Kinder von 16 bis zu 21 Jahren nur gewährt werden, wenn sie nicht eigenes Einkommen haben und wenn die Kinder sich noch in Schul- und Berufsausbildung befinden oder aus sonst wichtigen Gründen einem Erwerb nicht nachgehen können.

In der Aussprache erklärten die Abg. Wirth (Soz.), Schmitt-Karlsruhe (Ztr.), D. Mayer-Karlsruhe (Nat.) und Schwilke (Dem.) unter den in obiger Entschließung gemachten Vorbehalten für die Verlage, während der Abg. Wed (Soz.) an programmatischen Gründen ablehnte. Dienstag vormittag 9 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

DZ. Karlsruhe, 22. Nov.

Das Haus erledigte in der heutigen Vormittags-Sitzung zunächst kurze Anfragen.

Zur Kartoffelsteuer wurde regierungsseitig bemerkt, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nur die Möglichkeit zu schaffen sei, die Kartoffelsteuer zu senken. Die Kartoffelsteuer sei in dieser Richtung nichts unternommen. Andererseits habe die Regierung bei der Kartoffelsteuer der Städte befreundet eingegriffen und sich mit Erfolg um die Freigabe der Kartoffelsteuer aus Würtemberg bemüht. Weiter wurde das Haus mit den Maßnahmen gegen den Ausverkauf vertraut gemacht

ebenso mit den Richtlinien zur Kleinrentnerfürsorge und Gewährung von Bauarleihen. Die Anfrage wegen der Sonntagsruhe fand dahin Beantwortung, daß man für deren strenge Durchführung besorgt sein werde. Schließlich teilte ein Regierungsvertreter mit, daß bei der Reichsregierung Schritte unternommen würden zur genügenden Kohlenlieferung der badischen Industrie.

Der Landtag setzte dann die Beratung über die Befolgungsordnung fort. Abg. Köhler (Ztr.) behielt sich völlig ablehnend, während die Abg. Weber (D. Rp.) und Klauer (Ztr.) ihre Zustimmung erklärten, da den Beamten jetzt geholfen werden müsse.

Finanzminister Köhler legte in Kürze den Standpunkt der Regierung dar, die in der Beurteilung der Vorlage mit dem Landtag durchaus einig gehe und sich ganz auf den Boden seiner Entschließung stelle. Die Arbeiten für das endgültige Ortsklassenverzeichnis ständen vor dem Abschluß und es sei in weitem Umfange gelungen, die Wünsche Badens als Valutazone zur Durchführung zu bringen. Die Regierung lege größtes Gewicht auf beschleunigte Auszahlung, ohne dabei in aufwändig zu verfahren. Der Minister betonte, daß Erneuerung und Gemeinhaftigkeit der Beamten nicht zu wünschen übrig lassen, obwohl der Verdienst hundert- und tausendfach in dieser Zeit der Not an sie herantrat. Der Abg. Bodemann meinte, die Gehaltssteuern würden verfallen und die Minister würde man noch zweigeben. In ihre Stelle sollten dann wohl die kommunalistischen Herren treten! Das hiesie den Ruf zum Gärtner machen. (Große Heiterkeit.) Mit Agitationsreden werde den Beamten nicht geholfen.

Der Minister teilte im weiteren Verlauf seiner Rede mit, daß die 62 Millionen zur vorläufigen Überweisung an die Gemeinden gestern vom Reich zur Verfügung gestellt worden seien und den Wünschen der Gemeinden alsbald Rechnung getragen werden soll. Er kündigte schließlich eine Neuorganisation der Verhältnisse der Beamtenanwärter an. Die Bezüge der Angestellten und Arbeiter seien bereits geregelt und über die Befreiung der Ruhegehaltsempfänger sei demnächst eine Vorlage zu erwarten.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Dr. Baumgartner wurde das Gesetz gegen 5 Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen, desgleichen die bekannte Entschließung.

Das Haus genehmigte noch den Trudervertrag mit der A. G. Badenia, sowie das Initiativgesetz, wonach das Tagelohn der außerhalb Karlsruhe wohnenden Abgeordneten auf 120 M., der in Karlsruhe anwesenden auf 72 M. bemessen wird, was einem 140prozentigen Teuerungszuschlag gegenüber dem Satz vom 4. August 1921 mit 80 bzw. 30 M. gleichkommt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

### Eisenbahnverkehr.

Die Station Reichenaltrstraße wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 für den Personen-, Gepäck-, Expressgut- und Kleinverkehr geschlossen.

### Verkehrssperren.

Aufgehoben sind: a) Anfahrsperrre für Frachtwagenladungen nach Frankfurt, Orl und Übergang; b) Frachtwagenladungen nach Düsseldorf, Hannover und Dessau.

DZ. Mannheim, 20. Nov. Die Tariffüsse der Straßenbahn erfahren ab 5. Dezember eine Erhöhung von 50 Pf., so daß von da an die kleinste Strecke 1.50 M. kosten wird. Die Eintrittspreise für das Nationaltheater sind verdoppelt worden.

DZ. Achern, 20. Nov. (Eile Send.) Herr Josef Wurster aus Wroßeln hat dem Gemeinderat Achern 30 000 M. überwiesen mit der Bestimmung, hiermit 25 000 M. dem Hilfsverein von Oppau, 3000 M. der Stadt Achern und 2000 M. den Krankenschwestern zur Verfügung zu stellen.

DZ. Ottenheim/Rhein, 20. Nov. Die durch das Hochwasser des Rheins im Dezember 1918 gerichtete Schiffbrücke Ottenheim-Heidelberg, die jetzt wieder vollkommen fertiggestellt ist, ist nunmehr offiziell den französischen Behörden übergeben worden, denen sie auf Grund des Artikels 66 des Friedensvertrages zusteht.

DZ. Schmad, 20. Nov. Es wird die Errichtung eines Stauwerkes am oberen Elzbad beabsichtigt zur Erstellung eines Kraftwerkes. Zu diesem Zweck haben bereits Verhandlungen mit den zuständigen Stellen stattgefunden.

DZ. Triberg, 20. Nov. Die Vereinigten Uhrenfabrikanten haben mit sofortiger Wirkung ihre Verkaufspreise um 50 Prozent erhöht.

DZ. Nach (Ami Engen). Das im August abgebrannte Gasthaus zur „Sonne“ wird nicht wieder aufgebaut. Die Gemeinde hat das Objekt für 250 000 M. angekauft und wird auf der Brandstätte ein Gemeindehaus errichten, in dem auch die Volksschule, ein Volksschulsaal usw. untergebracht werden sollen.

DZ. Freiburg, 19. Nov. Die hiesigen Angestellten haben dieser Tage den Streik beschlossen. Vom Arbeitgeberverband für Handel und Industrie des Handelskammerbezirks Freiburg wird eine längere Erklärung erlassen, worin u. a. bemerkt wird, daß der Arbeitgeberverband beschlossen habe, sämtlichen Angestellten der hiesigen Betriebe auf den 1. Januar zu kündigen. Diese Maßregel hätte getroffen werden müssen, weil die Angestelltenverbände beschlossen hätten, unter Bruch ihres Arbeitsvertrages in den Streik zu treten. Wenn der Streik nicht erfolge, werde die Kündigung der Angestellten wieder zurückgenommen werden.

## Aus der Landeshauptstadt.

Aus dem Stadtratsbericht vom 17. November 1921.

Bürgerausschuss-Sitzung. Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung für die auf Donnerstag, den 24. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr in dem großen Rathsaussaal abzuräumte öffentliche Versammlung des Bürgerausschusses bekannt.

Amtsüberlegung. Professor Dr. Willi Hellpach hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Der Stadtrat erkennt die für den Austritt aus dem Bürgerausschuß vor dem gesetzlichen Ablauf der Dienstzeit geltend gemachten Gründe als zu Recht an. In seine Stelle tritt nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächster, der gleichen Wahlvorschlagsliste angehörender Bewerber der Deutschen Demokratischen Partei, Former Gottlieb Behl. Dieser ist hernach zum Stadtverordneter mit Amtsbauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen (November 1922) gewählt.

Gebührenerhöhungen. Die erneut eingehende Teuerung, insbesondere die ab 1. Oktober d. J. zu gewöhnliche Erhöhung der Röhre und Gekörte, hat auch eine bedeutende Erhöhung der städtischen Gebühren für Abtrugentleerung, Schwemmananschlag, Straßenreinigung und Müllabfuhr notwendig gemacht. Diese Erhöhungen sollen für die Müllabfuhr ab 1. Dezember d. J. für die übrigen Gebühren ab 1. Januar 1922 in Kraft treten. Gleichzeitig wird die Verwaltung dieser Gebühren

vereinfacht, der Aufwand für Veranlagung und Erhebung bedeutend verringert durch einheitliche Veranlagung nach dem Steuerwert der Liegenschaften und durch einheitliche Erhebung durch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt vom Eigentümer der Grundstücke. Die Gebühren werden vierteljährlich im Voraus erhoben. Die nunmehr zur Erhebung gelangenden Jahresätze betragen: für die Abtrugentleerung (Grundgebühr) 50 Pf., für den Schwemmananschlag 66 Pf., für Straßenreinigung 85 Pf. (überbaute Grundstücke) und 42.5 Pf. (unbebaute Grundstücke) und schließlich für die Müllabfuhr 76 Pf. von je 100 M. Liegenschaftssteuerwert. Die Zustimmung des Bürgerausschusses zu den beschlossenen Maßnahmen wird beantragt.

Betriebsumgestaltung der Karlsruher Lokalbahn. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschließt der Stadtrat nachstehende Betriebsumgestaltung der Karlsruher Lokalbahn: 1. der Betrieb der Karlsruher Lokalbahn auf der Strecke von Hagsfeld bis Spöck wird mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an in seinem ganzen Umfange eingestellt, 2. die Teile der Karlsruher Lokalbahn von Hagsfeld bis Lokalbahnhof Karlsruhe, und von hier bis Köhler Krug und von Köhler Krug bis Darlanden vom gleichen Tage an in den Betrieb der städtischen Straßenbahn mit der Maßgabe übernommen, daß für die genannten Strecken die Tariffüsse der Straßenbahn gelten, 3. der Teil der Karlsruher Lokalbahn von Grünwinkel bis nach Durmersheim wird in der bisherigen Weise weitergeführt. Es sind aber weitere Verhandlungen mit den Gemeinden über die Gewährung von Zuschüssen durch diese oder über die Gründung einer die Lokalbahn übernehmenden Gesellschaft zu führen und es ist nochmals der Versuch zu machen, einen Staatszuschuß zu der Bahn zu erlangen. Mit der Führung dieser Verhandlungen wird eine Kommission betraut. Je nach Ausgang der Verhandlungen behält sich der Stadtrat vor, seinen Beschluß abzuändern.

## Protest der Karlsruher Verkehrsbeamten gegen die Enttastung der Reichsbetriebe.

Wir erhalten folgenden Bericht mit der Bitte um Abdruck: Eine am Sonntag im Hotel Romad stattgefundene Versammlung, an der von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter (Ortsgruppe Karlsruhe) nahm Stellung zur Kreditaktion des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Der gewaltige Besuch zeigte, welche große Beunruhigung auch in der Karlsruher Verkehrsbeamtenenschaft herrscht. Das Referat hat Eisenbahn-Oberinspektor Böns. Der Redner führte aus, daß die Eisenbahnen als Staatsbetriebe ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben voll und ganz erfüllen. Sie arbeiteten rasch, billig und sicher. Alle Wünsche des reisenden Publikums, des Handels und der Industrie in dieser Hinsicht seien erfüllt worden. Die vor dem Kriege erwirtschafteten Millionenüberschüsse der Staatsbahnen verbrauchte der allgemeine Reichshaushalt. Damals sah das Ausland in uns, Staatsbahnen nur nachahmenswerte Musterbetriebe. Die durch den Krieg herbeigeführte Verlotterung der Eisenbahnen, ihr Defizit — hauptsächlich entstanden durch Materialverschleiß und Abgabe an den Feindbund, dürfe nicht auf das Konto wirtschaftlicher Betriebsführung gebucht werden.

Interessant waren die Ausführungen über Eisenbahnen in Privatbetrieb. Die französischen Privatbahnen erwirtschafteten von 1914—1919 ein Defizit von 225 Milliarden und im Jahre 1920 allein ein solches von 3,5 Milliarden Franken; selbst in Amerika mußte der Staat an große Privatbahngesellschaften Millionen Dollar Zuschüsse zahlen. Der Redner gab weiterhin der Befürchtung Ausdruck, daß eine privatisierte Eisenbahn dem Gewinninteresse der Großindustrie dienlicher gemacht werden würde. Vertretung bedeutete diktatorische Festsetzung der Tarife, Aufzählung des Kleinhandels und der Kleinindustrie. In der dem Referat folgenden Aussprache traten alle Redner für die Erhaltung der Reichsbahn als Staatsbetrieb ein. Auch die zu Gast weilenden Vertreter der Karlsruher Bezirksgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten versprachen, der Eisenbahnerschaft im Kampfe gegen die Entstaatlichung der Reichsbahn treu zur Seite zu stehen.

Einmütig wurde von der Versammlung folgende Entschließung angenommen:

„Die am 20. November 1921 im Romadsaal in Karlsruhe versammelte Eisenbahn- und Postbeamtenchaft erklart in dem Antrag des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf Entstaatlichung der Reichsbahn den Beginn der Entrechtung und materiellen Schädigung der gesamten deutschen Arbeiterenschaft. Die Kreditaktion, ursprünglich angeklündigt als patriotische Tat, erweist sich nunmehr als ein Versuch der Industrie, den Ring der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung zu schließen. Eine Gewähr für richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben bietet die Reichsbahn nur bei unmittelbarem Betrieb durch das Reich. Die notwendige Erhebung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahn, an der alle Eisenbahnbeamten und Arbeiter mit allen Kräften mitarbeiten wollen, kann auch ohne Überführung in privatkapitalistische Hände durchgeführt werden. Eisenbahntarife und Materialgestehungspreise müssen vor allem in richtige Höhe zu einander gebracht werden. Neubeschaffungen und Reparaturen von Lokomotiven, Wagen und Material, nötig geworden durch Kriegsverluste, Kriegswirtschaft und Liebesgabenpolitik, sind auf den allgemeinen Kriegshaushalt zu übernehmen.“

Die gesamte anwesende Verkehrsbeamtenchaft billigt die Haltung ihrer Spitzenorganisation in der Frage der Kreditaktion und ist bereit, für Erhaltung der Reichsbahn als Staatsbetrieb mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu kämpfen.“

## Badische Gemeindefchau.

DZ. Oberkirch, 19. Nov. Kantonsrats-Sitzung der Sparkasse für das Geschäftsjahr 1920 beträgt der Kassenumschlag 39 197 164 M. Die Einlagen haben sich um 3 857 650 M. vermehrt, so daß am 1. Januar 1921 ein Einlagestand von 16 112 103 M. zu verzeichnen war. Die Einlagezahl hat sich um 494 vermehrt. Sie beträgt 7644. — Der Gemeinderat legte dem Bürgerausschuß einen Entwurf für die Bestimmungen über die Vermögenssteuer vor, der einstimmig angenommen wurde.

DZ. Rastatt, 20. Nov. Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung u. a. auch mit der Frage, wie den Stadter Fischern geholfen werden könne, die bei den letzten Stürmen auf dem Bodensee durch das Sinken ihrer Boote schweren Schaden erlitten haben. Die Fischer verlangen Schadenersatz von der Stadt. Man beschloß, diese Frage vorerst zurückzustellen, bis geklärt ist, wie weit der Schaden durch Versicherung gedeckt ist. Die Errichtung der geforderten Hafenanlage würde zwei Millionen M. kosten. Die Erbauung einer Saubermaner 800 000 M. Ein Beschluß in dieser Frage wurde jedoch noch nicht gefaßt. — Gegen den Stadtrat Steiner wurde auf dessen Antrag die Einleitung eines dienstpöligischen Verfahrens eingeleitet, zur Klarstellung der gegen Stadtrat Steiner erhobenen Vorwürfe. Stadtrat Steiner wurde vorläufig von seinem Amte als Wohnungskontrollleur entbunden.

